

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wochentlich am Sonnabend
Abonnementpreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postämter für Verbandsmitglieder unentgeltlich

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rosler, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inzerate: Die vierfachen Annoncenpreise ober deren Raum 4 Mk.
Arbeitsvermittlungen 2 Mk. pro Seite.
Verbandsanzeigen 76 Pf. pro Seite

Endlose Verhandlungen.

Seit Beginn dieses Jahres stehen sich nun die Verhandlungen über den neuen Reichstarif hin, aber ihren Abschluß können wir noch nicht melden. Am 6. Mai hat in Nürnberg eine neue Verhandlungsperiode begonnen, und die Parteien entwickelten hierbei eine Ausdauer, wie man sie in den vorangegangenen Perioden noch nicht feststellen konnte. Allerdings stand das Ergebnis nicht im rechten Verhältnis zu der aufgewandten Arbeit. Als am Abend des 10. Mai abgebrochen wurde, war das ganze Vertragswerk noch bei weitem nicht durchberaten. Die Verhandlungen sind bis zum 19. Mai vertagt, und man hofft, sie dann zu Ende führen zu können.

Bekanntlich hat die Verhandlungskommission einen Unterausschuß, die kleine Kommission, eingesetzt, und diese war es, die jetzt in Nürnberg getagt hat. Bisher wurden die Verhandlungen in der Weise geführt, daß die kleine Kommission ein Stück des Vertrages durcharbeitete; dann trat die große Kommission zusammen, prüfte die geleistete Arbeit und nahm auch wohl Änderungen vor. War so ein Vertragsstück von der Verhandlungskommission erledigt, dann wiederholte sich die Arbeit bei einem weiteren Abschnitt. Diesmal hat man davon Abstand genommen, eine Sitzung der großen Kommission zu veranstalten, deren Zusammenkunft ist aber für den nächsten Verhandlungsabschnitt geplant.

Insamertin ist es nicht überflüssig, auf ein Moment hinzuweisen. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Verhandlungskommission übereingekommen ist, die Lohnbildung in die Bezirke oder Gauen zu verlegen. Hätten wir bisher in dem mit dem Arbeitgeber-Schutzverband abgeschlossenen Reichstarif die zentrale Lohnregelung, bei welcher die Durchschnitts- und Mindestlöhne für sechs Ortsklassen zentral festgelegt wurden und für den einzelnen Ort die Frage entscheidend war, welcher Klasse er zugeteilt wurde, so soll diese Einrichtung künftig fortfallen. Es werden größere Bezirke gebildet werden, deren Grenzen im Reichstarif festgelegt werden. Bisher ist das noch nicht geschehen. In diesen Bezirken werden die für den einzelnen Ort geltenden Lohnnormen von den Vertretern der Parteien vereinbart werden. Hierbei wird man natürlich darauf achten, daß bei aller Verschiedenheit der Verhältnisse eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt wird. Trotz alledem, und vielleicht auch gerade deswegen, muß damit gerechnet werden, daß die Lohnverhandlungen in den Bezirken, die doch erst aufgenommen werden können, wenn der Mantelvertrag fertig ist, noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, so daß es im Augenblick noch sehr schwer ist zu schätzen, wann der neue Vertrag in vollem Umfang in Kraft gesetzt werden kann.

Was soll aber bis zu diesem Zeitpunkt gelten? Bei den Verhandlungen Anfang März hatten sich die Dinge so zugelegt, daß man von einem Scheitern der Verhandlungen sprechen konnte. Die Parteien gingen auseinander, ohne daß eine weitere Verlängerung der zum 15. Februar ablaufenden, dann aber zweimal, erst bis 28. Februar und dann weiter bis zum 31. März verlängerten Verträge vereinbart worden wäre. Die Verträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband und den verschiedenen Bezirksverbänden waren also am 1. April abgelaufen. Nachdem die Arbeitgeber ihre Generalversammlungen abgehalten hatten, erklärten sie sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Vom 22. bis 24. April verhandelte die kleine Kommission und zum Schluß wurde auf Vorschlag der Arbeitgeber vereinbart, den beteiligten Organisationen zu empfehlen, die abgelaufenen Verträge wieder ausleben zu lassen und sie bis zum 1. Juli zu verlängern. Man ging dabei beiderseits von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß ein gedeihlicher Fortgang der zentralen Verhandlungen nur möglich ist, wenn während ihrer Dauer der Frieden im Gewerbe gewahrt wird. Bei dieser Sachlage nahmen wir auch, keinen Anstand, die Mitteilung zu veröffentlichen, die an der Spitze unserer Nr. 17 abgedruckt ist.

Nach den Vorgängen bei den beiden vorherigen Vertragsverlängerungen durften wir annehmen, daß die schriftliche Vereinbarung mit den einzelnen Arbeitgeberverbänden nur eine Formalität sein würde; denn auch vorher war der Beschluß über die Vertragsverlängerung in der Verhandlungskommission in der gleichen Weise gefaßt worden. Dabei war es uns keineswegs entgangen, daß Herr Theodor Raeth, der Vorsitzende der Berliner Verbände mit vollen Händen für diesen Schritt in der Fachzeitung auf den Ablauf des Vertrages hinwies und auf die Konsequenzen die sich aus dieser Tatsache für die Berliner Unternehmer ergeben. Daß sie nun ihren Preis in keine Ferien zu gewähren brauchen, daß sie sich nicht mehr bilden und daß sie nicht mehr die Verantwortung des Städtischen Arbeitenausschusses über sich ergehen lassen. Wir haben die Bestimmungen des Obermeister Raeth, die nur für Berlin bestimmt sind, um so eher in Betracht lassen können, als es damit immer noch einen besonderen Fall hat, was auf wir jedoch in dieser Zusammenhang nicht näher eingehen wollen.

Die Dinge kommen aber ein etwas anderes Gesicht durch eine Notiz in Nr. 19 der „Arbeitertage“, die unter der

Abschrift: „Vertragslose Zeit! Ein Wort zur Klärstellung“, die Frage der Vertragsverlängerung behandelt. In der Notiz, die bezeichnenderweise keine Unterschrift trägt, wird gesagt, daß in der Verhandlung am 24. April in Berlin die Vertragsverlängerung seitens der Vertreter der Holzarbeiter-Verbände angefragt wurde. Vermutlich hat der Verfasser der Notiz einen besonderen Grund für diese Darstellung gehabt und deshalb Scheu getragen, sie mit seinem Namen zu belegen. Aber das nur beiläufig. Das Wesentliche in der Notiz ist, daß die Mitteilung der „Holzarbeiter-Zeitung“ über die Vertragsverlängerung den Tatsachen vorausgeht. Ein Übereinkommen der Vertragsparteien sei bisher noch nicht erzielt. Die Arbeitgebervertreter in der Unterkommission hätten den Vorschlag der Vertragsverlängerung, den in der Reichsberufs-Fachgruppe Möbelindustrie und Tischlergewerbe zusammengesetzten Arbeitgeberverbänden zur Annahme empfohlen, eine Entscheidung der Verbände stünde aber noch aus.

Inzwischen sind bei unserem Verbandsvorstand aus verschiedenen Orten Mitteilungen eingegangen, nach welchen die Unternehmer erklärt hätten, von ihrer Zentrale keine Nachricht über die Vertragsverlängerung erhalten zu haben, und daß sie sich dementsprechend als außerhalb des Vertrages stehend betrachten. Sie lehnen es daher ab, die vertraglichen Ferien zu gewähren, vor den vertraglichen Schlichtungsinstanzen zu verhandeln und überhaupt alle aus dem Vertrage entspringenden Pflichten zu erfüllen. Unsere Vertreter in der Verhandlungskommission haben natürlich die Unternehmer deshalb zur Rede gestellt. Diese beteuerten ihren guten Willen und erklärten an, daß es eine mögliche Sache sei, über einen neuen Vertrag zu verhandeln, ohne übereinstimmend zu haben, daß der alte bis zum Inkrafttreten des neuen verlängert ist. Aber sie seien nicht bereit, darüber zu beschließen. Die Mehrheit der angeschlossenen Verbände habe den von der Verhandlungskommission einmütig empfohlenen Vorschlag zur Vertragsverlängerung abgelehnt. Als Verhandlungskommission gehe ihr Auftrag nur dahin, über den neuen Vertrag zu verhandeln. Für die Beschlussfassung über eine eventuelle Vertragsverlängerung sei nur der Vorstand der Reichsberufs-Fachgruppe zuständig.

Unsere Vertreter haben sehr gründlich ermogen, ob es unter diesen Verhältnissen angeht, sich an weiteren Vertragsverhandlungen zu beteiligen. Sie haben es schließlich getan, nachdem sie den Vorstand der Reichsberufs-Fachgruppe schriftlich erlucht hatten, für die angeschlossenen Organisationen mit tunklärter Beschleunigung eine Erklärung über die Verlängerung der Verträge abzugeben. Bis zum 19. Mai wird die Antwort auf dieses Ersuchen erbeten.

Wollen die Unternehmer die Pflichten aus dem alten Vertrag ledig sein und unseren Kollegen die Rechte aus dem alten Vertrag bestreiten, dann bedeutet das die Aufnahme des Romkes, dem unsere Kollegen nicht untätig zusehen werden. Sie werden sich gegen die ihnen angebotenen Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses zur Wehr setzen und keine Bedenken tragen, die gewöhnliche Handlungsfreiheit in der ihnen genehmigt erscheinenden Weise auszuüben. Wenn sich daraus Weiterungen ergeben sollten, die den Fortgang der Verhandlungen stören, dann wäre die Schuld daran den Arbeitgebern beizumessen.

Noch ein Punkt verdient Beachtung. Die Vertreter der Arbeitgeber in der Verhandlungskommission haben den in der Reichsberufs-Fachgruppe vertretenen Verbänden den Vorschlag auf Verlängerung der Tarifverträge zur Annahme empfohlen, aber wie sie mitteilten, damit keinen Erfolg erzielt. Die Verbände haben den Vorschlag abgelehnt. Die Vertreter der Arbeitgeber in der Verhandlungskommission wurden von ihren Auftraggebern desorientiert. Das ist eine Tatsache, die den Wert der mit diesen Vertretern abgeschlossenen Vereinbarungen sehr stark herabsetzt. Man muß nach diesem Vorgang mit der Möglichkeit rechnen, daß der Abschluß der Verhandlungen in der Verhandlungskommission noch lange nicht das Ende der Vertragsverhandlungen bedeutet.

Dieser Vorgang wirft aber auch ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeiten, mit denen unsere Vertreter in der Verhandlungskommission zu kämpfen haben. Die Vertreter der Gegenpartei kommen mit sehr beschränkten Vollmachten, sie streben innerlich auseinander und sind nur mühselig zusammengehalten, und zum Schluß droht ihnen das Geschick, von ihren Auftraggebern desorientiert zu werden. Das macht es erklärlich, daß die Verhandlungen endlos hinzuziehen, und daß man jeden Augenblick mit neuen Zwischenfällen rechnen muß. Die Unterbrechung der Verhandlungen ist diesmal nur mit Rücksicht auf das Inkrafttreten erfolgt, sie werden am 19. Mai fortgesetzt werden. Es besteht die Absicht, zunächst alle noch unerledigten Teile des Vertrages durchzubearbeiten. Möglich, daß sich diese Absicht verwirklichen läßt. Aus unseren Darlegungen geht jedoch hervor, daß es mit der Inkraftsetzung des neuen Vertrages auch im günstigsten Fall noch gute Wege hat.

Die Luxussteuer.

(Schluß)

Bei den Verhandlungen, welche von den Beauftragten der Arbeitskommission für das deutsche Holzgewerbe mit dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums gepflogen wurden, machten die Arbeitgeber auch den Vorschlag, die Luxussteuer auf Erzeugnisse des Tischlergewerbes aufzuheben und sie durch eine allgemeine Warenumsatzsteuer zu ersetzen, die gleichmäßig von allen Erzeugnissen des Tischlergewerbes erhoben wird und wesentlich höher bemessen werden soll als die jetzt allgemein gültige Umsatzsteuer von 1 1/2 Proz. Die Herren stellten sich das so vor, daß berechnet wird, welche Erträge die allgemeine Umsatzsteuer und welche die Luxussteuer auf Erzeugnisse der Tischlerei bringt. Die erhöhte Umsatzsteuer könnte dann so bemessen werden, daß sie den gleichen Ertrag erbringt.

Für Tischlermeister und Möbelfabrikanten wäre eine solche Berechnung der Steuer sehr bequem. Sie brauchten sich nicht den Kopf zu zerbrechen über die Frage, welche ihrer Erzeugnisse luxussteuerpflichtig sind und welche nicht, oder wie sie durch entsprechende Auslieferung der Aufträge die Luxussteuer umgehen können. Besteht doch heute die Tatsache, daß z. B. ein kleiner schlichter Schrank, etwa für Stiefel, wenn er aus massiver Eiche hergestellt ist, luxussteuerpflichtig ist, während Büfette, die 15 000 bis 20 000 Mark kosten, so hergestellt werden können, daß sie luxussteuerfrei sind. Wird eine gleichmäßige Steuer für alle Erzeugnisse des Betriebes erhoben, dann ist die Steuer aus dem Gesamtumsatz leicht zu berechnen. Wegen der Höhe braucht man sich keine große Sorge zu machen, da ja auch die Konkurrenz in der gleichen Weise belastet wird.

Auch vom Standpunkt der Finanzverwaltung wäre eine solche gleichmäßige Steuer zu begrüßen. Steuerhinterziehungen wären dann viel schwieriger als jetzt und all die Schwierigkeiten, die sich aus der Prüfung im Einzelfall ergeben, ob ein Gegenstand luxussteuerpflichtig ist oder nicht, fallen weg. Eine wirklich sachgemäße Prüfung ist nämlich jetzt so gut wie unmöglich. Wenn sich die Steuerbeamten schließlich auch in den Text des Gesetzes und der Ausführungsvorschriften hinein arbeiten, so bedürfen sie außerdem, um ihr Amt richtig zu verwalten, einer Fähigkeit, Material und Technik zu beurteilen, die ein besonderes Studium voraussetzt. Soll sich doch diese Kenntnis auf die Erzeugnisse der verschiedensten Gewerbearten erstrecken. Die Ausführungsbestimmungen für das Umsatzsteuergesetz sehen nicht weniger als 71 verschiedene Formulare vor, die für die Steuererhebung in Betracht kommen. Die Erhebungskosten müssen also sehr hoch und ihre Verabreichung vom Standpunkt der Finanzverwaltung recht erwünscht sein.

Dem Vertreter des Finanzministeriums war der Vorschlag der Unternehmer sehr sympathisch. Auf die Frage eines Arbeitervertreters, ob zu seiner Verwirklichung eine Änderung des Gesetzes notwendig sei, antwortete er, daß erwogen werden könne, das Ziel auf dem Wege der Ausführungsbestimmungen zu erreichen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dem Wunsch übereinstimmen.

Eine solche Übereinstimmung ist jedoch nicht zu erzielen, denn die Arbeiter können bei allem Streben, die Interessen des Gewerbes wahrzunehmen, doch die allgemeine volkswirtschaftlichen Interessen nicht aus dem Auge lassen. Sie möchten denn auch sofort sehr ernste Bedenken geltend. Der Luxussteuer liegt der Gedanke zugrunde, daß die wohlhabenden Bevölkerungsklassen beim Einkauf von Luxusgegenständen stärker zur Steuer herangezogen werden können als die breiten Volksmassen, die nur ihren notwendigen Lebensunterhalt bestreiten. Man kann hier von einer Prüfung der Frage absehen, ob es richtig ist, dem Gedanken einer härteren steuerlichen Belastung der Besitzenden durch eine Konsumsteuer Ausdruck zu geben, und auch außer Betracht lassen, daß das Umsatzsteuergesetz den Gedanken überdies noch recht verzerrt; Tatsache ist aber, daß die Luxussteuer an sich nur so begründet werden kann.

Der Vorschlag einer gleichmäßigen Steuer für alle Erzeugnisse eines Industriezweiges verkehrenden Grundgedanken der Luxussteuer in sein Gegenteil. Die Belastung des Gesamtumsatzes soll ermäßigt werden zum Nachteil für die Masse derer, die bisher für ihren Verbrauch von der Luxussteuer befreit waren. Das ist ein Standpunkt, der volkswirtschaftlich unverantwortlich ist.

Wie hoch der Einheitsatz der Umsatzsteuer für alle Erzeugnisse der Tischlerei sein müßte, soll das Ergebnis einer Berechnung sein; er läßt sich schwer schätzen. Nehmen wir an, es wären 5 Prozent erforderlich. Dann würde für die Erzeugnisse der Holzindustrie weder der bisherige Satz der Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent erhoben werden, noch käme der Satz der Luxussteuer mit 15 Prozent in Betracht, sondern durchgängig 5 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß die Luxussteuer eine einmalige Steuer ist, die beim Erzeuger erhoben wird, während die allgemeine Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent von derselben Ware bei jedem Umsatz fällig ist. Der verlangte Einheitsatz soll den Charakter der allgemeinen Umsatzsteuer haben. Die Wirkung wäre, daß derjenige, der in der Möbelfabrik ein

zeiten. Mit der Annahme ist zum mindesten eine Atempause gewonnen. Wenn alle Anstrengungen gemacht werden, die übernommenen Pflichten zu erfüllen, ist es denkbar, daß auf die Erfüllung des Unmöglichen verzichtet wird. Eine Sicherheit dafür besteht jedoch keineswegs, und es ist wohl möglich, daß die „Sanktionen“ nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sind. Von den Parteien des Reichstages stimmten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sowie die Kommunisten gegen das Ultimatum. Die Demokraten waren gespalten, während sich Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige für die Annahme erklärten. Diese Stellung der Parteien bedingte eine Neubildung der Reichsregierung. Zum Reichkanzler wurde der zum Zentrum gehörige seitherige Reichsfinanzminister Wirth ernannt. Die Deutsche Volkspartei schied aus der Regierung, in welche die Sozialdemokraten wieder eintraten, und zwar entfielen sie Gustav Bauer, Robert Schmidt und Dr. Gradnauer in das Reichsministerium, dem außer dem Reichkanzler noch die Zentrumsleute Frauns, Diesbarts und Hermes, die Demokraten Schiffer und Esler sowie der urpolitische Verkehrsminister Gröner angehören.

Der neuen Reichsregierung stehen schwere Aufgaben bevor. Die Erfüllung oder wenigstens der ehrliche Versuch zur Erfüllung der der Entente gegenüber übernommenen Verpflichtungen wird dem deutschen Volke ungeheure neue Lasten auferlegen. Dafür wird man, nach bekannten Vorgängen, die „sozialdemokratische“ Regierung verantwortlich machen. Es ist daher wohl verständlich, wenn die Sozialdemokraten erklären, daß der Wiedereintritt in die Regierung für sie ein schweres Opfer bedeutet, das sie dem Vaterlande gebracht haben. Wenn die Entente Deutschland als nuldende Kuh betrachtet, dann läge es in ihrem Interesse, daß sie unsere wirtschaftlichen Fesseln erleichtert und es uns ermöglicht, wieder etwas aufzuatmen, um den Tribut zu erarbeiten, den wir abführen sollen. Man wird jedoch gut tun, sich keinen großen Hoffnungen auf eine baldige Wiederholung der Wirtschaft hinzugeben. In der Entente spielt Frankreich die erste Geige. Frankreich will viel Geld aus Deutschland herauspressen, aber noch größer ist das Verlangen der französischen Machthaber nach Stillung ihres Nachbedürfnisses. Wir müssen damit rechnen, daß wir noch schwere Zeiten durchleben müssen, ehe man von einer Wendung zum Besseren wird reden können.

Kündigungsbeschränkung für Schwerbeschädigte.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 verpflichtet jeden Unternehmer, bei Einstellung von Arbeitskräften Schwerbeschädigte zu bevorzugen. Jeder private Unternehmer ist verpflichtet, auf 25 bis 50 Arbeitnehmer mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je weitere 50 Beschäftigte mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Als Schwerbeschädigte gelten sowohl Kriegs- als auch Unfallverletzte, die 50 Prozent oder mehr der Vollrente beziehen. Auch wenn ein Verlester mehrere Renten bezieht, die zusammen mindestens 50 Prozent der Vollrente betragen, gilt er als Schwerbeschädigter.

Die Entlassung Schwerbeschädigter unterliegt besonderen Bestimmungen. Die Kündigungsfrist für sie muß mindestens vier Wochen betragen. Jede Kündigung muß den Hauptfürsorgestellen (Landesämter für Kriegserlörlage, vertreten durch die Kreisämter, Abteilung für Schwerbeschädigte) angezeigt werden und bedarf deren Zustimmung. Die Hauptfürsorgestelle darf nach einer neuen Verordnung vom 28. April 1921 die Zustimmung zur Kündigung nicht versagen, wenn ein Unternehmer, der bezieht die durch Gesetz vorgeschriebene Anzahl Schwerbeschädigter beschäftigt, auf den freierwerbenden Arbeitsplatz einen anderen Schwerbeschädigten im Einzelnehmen mit der Hauptfürsorgestelle einstellt. Ferner soll die Zustimmung nicht verweigert werden, wenn Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften der Kriegs- und Übergangswirtschaft aufgelöst werden und gewisse Voraussetzungen erfüllt sind und schließlich, wenn der Gesamtbetrieb eines privaten Unternehmers nicht nur vorübergehend stillgelegt wird, und zwischen dem Tage der Kündigung und dem Tage, bis zu dem Gehalt oder Lohn weitergezahlt wird, mindestens drei Monate liegen. Ob außer in diesen Fällen der Kündigung zugestimmt werden kann, liegt in der Entscheidung der Hauptfürsorgestellen. Deren Zustimmung ist aber zu jeder Kündigung erforderlich, ausgenommen in den Fällen, wo ein Unternehmer nach Erfüllung seiner gesetzlichen Einstellungs- und Beschäftigungspflichten zur vorübergehenden Aushilfe oder anderweitig nach dem 1. April 1921 eingestellt hat oder ferner noch einstellt. Dauert die Aushilfe über sechs Monate, dann gelten diese Schwerbeschädigten als dauernd beschäftigt, und für sie gelten die allgemeinen Schutzbestimmungen. Die neue Verordnung ist am 1. Mai 1921 in Kraft getreten und gilt bis zum 1. April 1922.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 20. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Bart 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Zentralkommission: Kassenmacher.

Der Vorsitzende der Zentral-Kommission, Kollege Wahrmann, hat sein Amt niedergelegt. In seine Stelle ist der Unterzeichneter gewählt worden. Für die Funktionäre und Sektionsleiter unserer Branche, in Abwesenheit zu bezeichnen, und eruchen, künftige Anzeigen und Zuschriften an folgende Adresse gelangen zu lassen.

Die Zentralkommission.

H. A. S. 7 r a b, Hamburg 35, Billrothstraße, Erdgeschoss 34. I.

Stimmen zum Verbandstag.

Gegen die Arbeitsgemeinschaften.

Der Verlauf der Gantage läßt erkennen, daß unser Vorstand an den Arbeitsgemeinschaften festhält. Kollege Kayser meint, daß eine vernünftige Begründung für den Austritt noch nicht gehört worden ist, und Kollege Schleicher hat sich auf dem Düsseldorfertag große Mühe gegeben, uns den Segen der Arbeitsgemeinschaft erkennen zu lassen. Er ist der Ansicht, die Kollegen schimpften am liebsten über das, was sie nicht verstehen, und dazu gehörten in erster Linie die Arbeitsgemeinschaften. Ich will mich nun bemühen, nicht in diesen Fehler zu verfallen, sondern will versuchen, meine Ansicht, daß die Arbeitsgemeinschaften der Arbeiterschaft zum Schaden gereichen, sachlich zu begründen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß nicht alles mit einer Handbewegung abzutun ist, was für die Arbeitsgemeinschaft ins Treffen geführt wird. Es mag auch stimmen, daß durch die Arbeitsgemeinschaft volkswirtschaftlich manches erreicht worden ist, auch in der Holzindustrie. Ob das nur durch die Arbeitsgemeinschaft möglich war, kann ich nicht nachprüfen. Als Hauptargument führte Kollege Schleicher an, daß die großen Scharmacher alles daran setzen, die Arbeitsgemeinschaften aufzulösen zu lassen. Das sei der klarste Beweis der Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften für die Arbeiterschaft. Eine völlige Verkenning der Sachlage. Wir werden gleich sehen, daß die Verbandsleitungen ihre ihnen vom Unternehmertum gestellten Aufgaben restlos erfüllt haben. Man braucht sie nicht mehr und verabschiedet sie mit dem verdienten Fußtritt.

Um das Wesen der Arbeitsgemeinschaft zu erfassen, genügt es nicht, etwaige sich gelegentlich ergebende Auswirkungen zu erwägen, sondern man muß sich den Zweck ihrer Gründung vorführen und sich fragen, ob sie diesem Zweck entsprochen haben. Gegründet wurden die Arbeitsgemeinschaften zu einer Zeit, als die deutsche Großindustrie einfach, daß der Krieg verloren ist und die Kriegsindustrie möglichst reibungslos zur Friedenswirtschaft umgestellt werden muß. Dazu wurden die Arbeitsgemeinschaften gegründet. Um nun über alle gefahrdrohenden Klippen hinwegzukommen — bei einem Zusammenbruch drohte unweigerlich die Sozialisierung —, war vor allem neben einigen anderen wichtigen Maßnahmen notwendig, die Kriegsarbeiter, hauptsächlich Frauen und Jugendliche, aus dem Produktionsprozeß auszuschneiden und dafür die Millionen heimkehrender Krieger aufzunehmen. Und da hatte die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbürokratie einzusehen: Es galt, die Massen der nun arbeitslos werdenden, an hohe Kriegslöhne Gewöhnten zu beruhigen. Dazu diente unter anderem die Einführung der Reichsarbeitslosen-Unterstützung. Aber viel schwieriger war es, die aus dem Krieg Zurückflutenden wieder zu dem willigen und billigen Ausbeutungsobjekte der Kapitalisten zu machen. Es hand zu befürchten, daß die durchs Stahlbad des Krieges Gegangenen angesichts der allgemeinen Verelendung, die sie voranden, verlangen würden, daß die Kriegsgewinnler nun tief in den Beutel greifen müßten, um das größte Elend zu mildern. Da mußten sich die Gewerkschaftsleitungen schweigend vor die Geldschranke stellen, mußten durch Arbeitsvermittlung, fleißige Tarifabschlüsse und dergleichen mehr versuchen, den Sturm abzufangen. Wie weil ihnen das gelungen, zeigen die Erfolge. Die erhoffte Riesenprofite seitens der Kapitalisten, schier unerträgliche Verarmung des Proletariats.

Als wesentliche Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft wird immer die Herbeiführung geordneter Zustände im Gewerbe angeführt. Daß sie aber auch dazu nicht taugen, beweisen Vorkommnisse in unserem Gewerbe, wie sie sich zurzeit in Düsseldorf gelegentlich größerer Lieferungen für die Besatzung abspielen.

Hiermit glaube ich erwiesen zu haben, daß die Arbeitsgemeinschaften der Arbeiterklasse keinen Nutzen bringen können. Im Gegenteil, sie müßten aus der Sache heraus gar oft das Interesse des Kapitals dem Interesse des Proletariats voranzustellen. Möchte da nur kurz auf allerhand Erfahrungen bei Streiks hinweisen, wenn ich auch nicht so weit gehen will wie unsere sich für ganz radikal haltenden Brüder, von bewußtem Verrat zu sprechen. Mit den Tendenzen der Arbeitsgemeinschaft verlassen wir den Boden des Klassenkampfes.

Aus allem Vorhergesagten hoffe ich, daß der Verbandstag Schluss mit der Arbeitsgemeinschaft macht. Damit würden wir dem Ziele wesentlich näher kommen, daß wir doch alle erstreben müssen: den Holzarbeiter-Verband zur schärfsten Waffe zu machen im Kampf des internationalen Proletariats zum Aufstieg der bedrückten Menschheit.

Richard Körner, Düsseldorf.

Umstellung der Gewerkschaften.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat seit den Januartagen 1919 in einseitiger Weise gegen alle Aktionen der revolutionären Arbeiterschaft Stellung genommen. Daß die Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“, die Verleumdung der Kommunisten, nicht den Beifall aller Kollegen gefunden, zeigen die vielen Anträge zum Verbandstag, welche sich gegen diese Schreibweise wenden. Die tendenziöse Berichterstattung zeigt sich darin, daß den Spartakisten resp. Kommunisten der Vorwurf gemacht wird, daß sie das Bestehende zerstören wollen, auf den Trümmern der alten Wirtschaft ein Idealreich aufbauen wollen. Dieser Vorwurf wird erhoben, trotzdem die B. R. P. mit ihrem offenen Brief und die Zahlstelle Stuttgart des D. M. R. mit ihren fünf Forderungen einen Weg gezeigt hat, aus dem Chaos der heutigen unsinnigen Wirtschaft herauszukommen. Wenn nun die Verrechtlichung dieser Forderungen feststeht und auch anerkannt wird, so werden die Forderungen doch mit der Argumentation abgetan, daß es sich bei ihnen nicht um die Absicht handelt, die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern nur um ein Mittel für die kommunistische Propaganda. Weiter wird erklärt, der russische Bolschewismus zerstöre das russische Wirtschaftsleben, von einer aufbauenden Tätigkeit des Landes habe man noch nichts gemerkt. Die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ weiß aufkeimend nichts davon, daß auch in Russland der Weltkrieg getobt hat, seine vernichtende Wirkung auf das Wirtschaftsleben ausgeübt hat. Der Vorwurf der zerstörenden Tätigkeit des Bolschewismus wird

erhoben, trotzdem objektive Berichte von wissenschaftlichen Autoritäten und Gewerkschaftern aus verschiedenen Ländern vorliegen, welche das Gegenteil beweisen.

In dem Artikel „Moskau oder Amsterdam“ wird bei der Kritik der russischen Gewerkschaften als Maßstab die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften angelegt. Also Verhältnisse in einem Lande mit bestehender kapitalistischer Gesellschaftsordnung und Gewerkschaften, welche durch ihre Tätigkeit den Bestand dieser Gesellschaftsordnung sichern. In einem Staat, in welchem das Proletariat die Herrschaft ergriffen hat, die kapitalistische Produktionsweise beseitigt ist, müssen die Tätigkeit und Aufgaben der Gewerkschaften eine dementsprechende Änderung erfahren. In demselben Artikel wird dies auch zugestanden durch den Hinweis auf die einflussreiche Stellung der russischen Gewerkschaften bei der Verteilung der Bedarfsartikel und Lebensmittel sowie der Kontrolle der Produktion. Es ist dies eine Aufgabe, welche wir auch für die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften fordern. Die Unkenntnis resp. falsche Einschätzung der russischen Verhältnisse, welche aus den Artikeln der „Holzarbeiter-Zeitung“ und den Vorträgen des Kollegen Larnow spricht, rechtfertigen die Anträge, eine Delegation zur Information zu dem internationalen Gewerkschaftskongress nach Moskau zu entsenden.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat sich seit den Januarkämpfen 1919 immer auf die Seite der Reaktion gestellt. Die gewalttätige Niederschlagung der Kämpfe der revolutionären Arbeiterschaft ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Wenn aber die Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften zum Schutze gegen die Gegentevolution verlangt wird, dann zitiert die „Holzarbeiter-Zeitung“ folgende Zeilen des Sozialistenmarches:

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Schwert und Speiß nicht kämpfen wir,
Es führt zum Sieg der Freiheitskämpfer
Des Geistes Licht, des Rechts Banner.“

Dann auf einmal ist die „Holzarbeiter-Zeitung“ gegen jeden Mord, gegen jedes Blutvergießen. Alle diese Artikel gehen unwiderprochen hinaus, da die Redaktion es versteht, gegen teilige Meinungen aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ fernzuhalten. Da nun viele Kollegen neben der „Holzarbeiter-Zeitung“ nur noch eine bürgerliche oder sozialdemokratische Zeitung als Lektüre benutzen, keine kommunistische Zeitung oder Broschüre in die Hand bekommen, so ist die gewollte einseitige Beeinflussung dieser Kollegen geschaffen.

Für die Kollegen aber ergibt sich daraus die Berechtigung des Antrags, jedem Mitglied, gleich welcher politischen Auffassung, steht das Recht zu, im Verbandsorgan nach seiner Auffassung die einzelnen Fragen zu behandeln.“

Nun sollen ja die kommunistischen Zeilen der Spaltung oder Zerrümmerung der Gewerkschaften dienen. Dem steht aber gegenüber, daß wir einen Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden verlangen. Ein Artikel in Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“, „Organisationsprobleme“, beschäftigt sich mit dieser Frage. Hier werden das Problem resp. die Schwierigkeiten, welche diesem durch die Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Organisationen angeblich gegenüberstehen, erörtert. Diese Schwierigkeiten bestehen aber nur so lange, als wir die einzelnen Organisationen für sich bestehen lassen. Sie sind aber behoben, wenn wir eine radikale Verschmelzung der Verbände ins Auge fassen und erstreben und mit der Zeit zu einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation kommen. Diese organisierte Zusammenfassung der Gesamtarbeiterschaft wird erleichtert durch die immer mehr fortschreitende Verbesserung der technischen Einrichtungen im Produktionsprozeß. Der Arbeiter wird immer mehr zu einem Teil der Maschine, die Unterschiede der qualitativen Leistungen der einzelnen Individuen verschwinden immer mehr, damit auch die Unterschiede zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern. Diese Zusammenfassung wird weiter erleichtert, wenn mit ihr das Bestreben einhergeht, die einzelnen Unterstützungs-einrichtungen immer mehr einzuschränken, mit Ausnahme der Streit- und Gemäßregelunterstützung, welche den Gewerkschaften den Stempel als Kampforganisation aufdrückt. Mit der Einschränkung der Unterstützungs-einrichtungen werden die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten erleichtert, ebenso die Unterschiede in der Beitragsleistung der einzelnen Arbeiterkategorien ausgeglichen. Hier ist in den einzelnen Organisationen ja schon Vorarbeit geleistet, da in den letzten Jahren in den einzelnen Organisationen Staffelleistungen eingeführt wurden. Die Zusammenfassung der Gewerkschaften verringert den Verwaltungsapparat, welcher einen immer größeren prozentualen Teil der Einnahmen verschlingt. Die Bürokratie in den Gewerkschaften erhält einen immer größeren Einfluß in den Gewerkschaften und kommt in Widerspruch mit einem großen Teil der Mitglieder, welchen sie mit den ihr zustehenden Machtmitteln zu brechen sucht, wie der Bauarbeiter-Verband zeigt, und wie sie sich uns im Deutschen Holzarbeiter-Verband bemerkbar macht. Auch im Deutschen Holzarbeiter-Verband werden die unbewußten Kritiker aus dem Verband enifernt. Ein müßiges Beginnen. Die Gründe zur Kritik sind damit nicht beseitigt, die Notwendigkeit besteht. Diese Notwendigkeit verschwindet erst, wenn die Gewerkschaften umgestaltet werden zu Instrumenten der revolutionären Bewegung, zur Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus.

Ernst Koch (Stuttgart).

Korrespondenzen.

Bärenstein. Die Demonstrationssammlung für einen besseren Unfallschutz war gut besucht. Leider fehlten aber noch viele Mitglieder. Das ist bedauerlich, denn nur durch festen Zusammenhalt kommen wir vorwärts. Jede Versammlung, die wir abhalten, ist notwendig und lehrreich für alle Kollegen. Auch die Kolleginnen, besonders die aus Bärenstein, müssen sich zahlreich an Versammlungen, wie überhaupt am ganzen Verbandsleben besser beteiligen. Sie sollten sich die Kolleginnen zum Vorbild nehmen, die von weither in die Versammlungen kommen, um mitzuhelfen, daß es vorwärtsgeht. Nur durch festen Zusammenhalt und eifriges Zusammenarbeiten im Verband kommen wir zu Lohn- und Arbeitsbedingungen, die wir erstreben.

Berlin. In der am 28. April abgehaltenen Generalversammlung wurde der Rechenschaftsbericht der Verwaltung

Maler eine Lohnerhöhung erfordert. Schließlich wurden für 250 Lohngebiete Lohnerhöhungen zuerkannt. Im Durchschnitt beträgt die Lohnerhöhung etwa 35 bis 40 % pro Stunde und Arbeiter. Die erhöhten Löhne werden vom 1. Mai an gezahlt. Das Lohnabkommen gilt auf unbestimmte Zeit mit vierwöchiger Kündigung. Innerhalb dieser Frist müssen dann die Verhandlungen über eine Revision der Löhne beendet sein.

Der Verband der Bergarbeiter hat im Vorjahr seine Mitgliederzahl von 436 627 auf 467 339 gesteigert. Die Jahreseinnahme des Verbandes betrug 43 213 236 M., die Gesamtausgabe 21 634 251 M. Das Verbandsvermögen stieg von 14 979 419 M. Ende 1919 auf 35 658 408 M.

Unternehmerbewegung.

Eine einheitliche und geschlossene Unternehmerfront.

Mit der Revolution ist nicht nur großen Schichten der Arbeiter die Erkenntnis gekommen, daß sie ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen nur durch große und in sich gefestigte Organisationen erfolgreich vertreten können, sondern auch den Unternehmern. Ja, diesen in noch stärkerem Maße als den Arbeitern. Es gibt heute nur noch vereinzelt Unternehmer, die nicht organisiert sind. Ein kleines Bild von dem Anwachsen der Unternehmerorganisationen gibt uns der Jahresbericht für 1920 der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Dieser Vereinigung gehörten Anfang 1920 575 Verbände mit 4 Millionen Arbeitern an, bis zum Jahresende war die Zahl der Verbände auf 1591 gestiegen, und gegen 8 Millionen Arbeiter wurden von den Mitgliedern dieser Verbände beschäftigt. Also in einem Zeitabschnitt, wo die Gewerkschaften nur eine geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatten, hat sich die Mitgliederzahl dieser Unternehmervereinigungen mehr als verdoppelt. Das ist ein Zeichen, das den Arbeitern Gefahr kündigt.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ist aber nur ein Teil der organisatorisch zusammengefaßten Unternehmerbewegung. Im Zentralausschuß der Unternehmerverbände, als oberste Zentralorganisation, sind außer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände noch weitere zwölf große Unternehmerorganisationen vereinigt. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß der Zusammenschluß der Unternehmer seinen Höhepunkt bereits er-

reicht habe. Dagegen sprechen die organisatorischen Maßnahmen der Unternehmerverbände, ganz besonders aber die immer schärfere Fokussierung der Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer. Die Unternehmer rufen zu einem Kampf, der die Gewerkschaftsbewegung auf Jahre hinaus zurückwerfen soll. Sie wissen, daß ihnen dies nur gelingen kann, wenn sie starke Organisationen haben. Diese zu schaffen, sind sie unausgesetzt tätig. Ihren ganzen Machtapparat lassen sie spielen, um auch den letzten Unternehmer in die Organisation zu bringen.

Für die Arbeiter muß der Zusammenschluß der Unternehmer Lehre und Warnung sein. Die Absichten der Unternehmer werden zusehends, wenn auch die Arbeiter und Arbeiterinnen einzig werden und sich in den Gewerkschaften zusammenschließen.

Zusammenschluß der Unternehmer des Korbmachergewerbes.

Am 16. April haben in Weimar Vorstandsmitglieder vom Verband deutscher Korbmacherhersteller, vom Verband selbständiger Korbmacher und Korbsfabrikanten und vom Thüringer Verband eine gemeinsame Sitzung gehabt zu dem Zweck, alle drei Verbände zu einer Einheitsorganisation zusammenzuschließen. Das Ziel ist vorläufig noch nicht erreicht, doch ist die Notwendigkeit des Zusammenschlusses von allen Seiten anerkannt worden. Die Einheitsorganisation soll den Namen Reichsverband für das deutsche Korbmacher-gewerbe führen. Nur über die Art und Organisation des Reichsverbandes, seinen Sitz und die Beitragshöhe bestehen noch keine Meinungsverschiedenheiten. In einer weiteren gemeinsamen Tagung soll über diese Punkte nochmals verhandelt werden, und die Unternehmer hoffen, daß es hierbei zu einer vollen Einigung kommt.

Der Reichsverband soll sich mit allen Fragen des Korbmacher-gewerbes beschäftigen. Unter anderem fällt in sein Arbeitsgebiet der Abschluß eines Tarifvertrages mit den Gehilfen, Beschaffung und Preisgestaltung der benötigten Rohmaterialien, Zusammenarbeit mit den Erzeugern und Händlern, Einflußnahme auf die das Handwerk berührenden Regierungsmassnahmen.

Diese Vereinigungsbestrebungen der Unternehmer verdienen die vollste Aufmerksamkeit aller Korbmacher. Mit der Gründung des Reichsverbandes schaffen sich die Unternehmer eine Organisation, die wohl restlos alle Unternehmer des Korbmacher-gewerbes umfaßt.

Literarisches.

Steuerbuch. Enthaltend das Einkommen- und das Körperschaftsteuergesetz, beide gemeinverständlich erläutert, die Grundzüge des Kapitalertragsteuergesetzes, das Landessteuergesetz, das Erbschaftsteuergesetz, die wesentlichen Bestimmungen des Reichssozialversicherungs- und die Verordnungen über die Bildung der Steueraussschüsse bei den Finanzämtern. Herausgegeben von Wilhelm Keil, Mitglied des Reichstags und des württembergischen Landtags, und Fritz Winter, städtischer Obersekretär und Mitglied des württembergischen Landtags. Verlag der Schwäbischen Tagwacht, G. m. b. H., Stuttgart. 250 Seiten. Preis kartoniert 20 M.

Das Buch bedarf keiner besonderen Empfehlung. Die Steuerpflicht ist ein zurzeit so lebhaft erörtertes Thema, und sie gibt dem Steuerpflichtigen so viele Rätsel auf, daß diese von sachkundiger Seite gegebene gründliche Erläuterung einem tatsächlich gefühlten Bedürfnis abhilft.

Gewerkschaftliche Probleme. Beiträge zu den Aufgaben der Gewerkschaften von Karl Zwigg. Verlag von J. H. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Stuttgart. Preis 5 M.

Der Verfasser setzt sich in diesem beachtenswerten Buch mit den wichtigen Problemen auseinander, die sich aus der neueren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ergeben. Er behandelt u. a. die Räte-Idee, die Arbeitsgemeinschaften, die Organisationsform, das Lohnproblem usw. Er weist dabei auf die große, von den Gewerkschaften zu leistende Arbeit hin, die dazu führen soll, die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische zu überführen.

Erzberger: Christlicher Sozialismus als Weltprinzip. Verlag der „Neu-Deutschen Arbeiterzeitung“, M. Glöckner, 52 Seiten. 1 M.

Erzberger propagiert als Sozialismuserläuterer den Sozialismus Begründung: ethisch-religiös, frei von volkswirtschaftlichen Ideen. Der praktische Vorschlag: Die Arbeiter jedes Betriebes über 20 Arbeiter bilden eine Wertgenossenschaft, die zu 60 Prozent Aktionär wird aus der Hälfte der 6 Prozent überschreitenden Dividende.

Europa und der nächste Krieg. Von Gg. Engelbert Graf. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis 3,50 M.

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde. Von Dr. E. Schöler. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 2,75 M.

Verstorbene Mitglieder:
Brandenburg, Gustav Prohmann, Holzarbeiter.
Mittweida i. Sachsen, Aug. Gadsch, Stuhlboauer.
73 J. - Emil Vieber, Stuhlboauer, 62 J. - Emil Grinzer, Maschinenarbeiter, 55 J. - Emil Müller, Stuhlboauer, 49 J. - Emil Sehlischgel, Tischler, 59 J.
Ottendorf-Okrilla, Kurt Menzel, Maschinenarbeiter, 29 J.
Waldheim, Wilm. Hänel, Tischler, 63 J.
6 ihre Eltern bedenkend!

3 Modellstecher sofort gesucht. Lohn 7,50 M. Bremer Modellstuhl H. Wäters, Oferten an Oswald Dürre, Bremen, Lutherstraße 118.

Tüchtiger Modellstecher sofort gesucht. Selbständig. Karl Denzel, Modellfabrik, Nürnberg, Kl. Josef Schult 7.

Tüchtiger Stuhlboauer gesucht. Stuhlfabrik Oberlehme, Von Lehne, Westf.

Fertigrollerer, Bodenmacher, Bezieher und Sattelpfleger suchen. Künzler & Söhne, Pianofortefabrik, Waldkirch in Baden.

Polierer und Beizer, nur tüchtige Kraft. Findet Dauerstellung in der Hattenburger Modellfabrik Kurt Siebert, R a f f e n b u r g in Ostpreußen.

Ein tüchtiger Fräser kann sofort eintreten bei Georg Niedwogel, Sägerei, Heidelberg.

Stellmacher oder Tischler für Hofelbauwerkstatt ein Ostler Seifert, S a r t h a (Stadt) i. Sa.

Tüchtiger Vorearbeiter, firm auf Korbmacherarbeit, gebaute Kandidat. 2 sofort Eintritt gesucht. Bewerb zu richten an H. Köppe, Hamburg, Bernbecker Str. 7-9.

2 Korbmachergehilfen auf Eisen, einer auf Stuhlboauer ohne Eisen b. art. Lohn gesucht. Adolf Grigolett, Berder b. Potsdam.

2 Korbmachergehilfen, perfekte Mattarbeiter, zum sofortigen Eintritt. 21 u. 22. Michael Bremer, Korbmacherei, Schweinfurt.

Tüchtiger Korbmacher und/oder Korbmacherin gesucht. Alfred Strand, Dahlen, Sach. 21.

Perf. Tischlermeister sofort. Eintritt gesucht. G. Dietrich, Seiffen, Seiffen-Fabrik.

Unentbehrlich für jeden Kollegen ist das Fachbuch
Das Fachbuch ist der Schlüssel zum Erfolg des Betreibers und des Lehrlings. Preis 10.- Mk. ohne Porto. Nachnahme-Zahlung. Verleger, Fachhändler W. Diederichs, Bamberg, Christenstraße 32.

Das Fachzeichnen
des Handwerkers und Gewerbetreibenden

Umfassend die Elemente des geometrischen Zeichnens sowie das technische Zeichnen für Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Klempner u. Fr. Schröder.
44 Quartafeln mit 200 Abbildungen, leicht erlernend. 80 Text. 30 Kappen. Preis 21,50 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park Nr. 2.

Rose Handwagen

Vorzugsangebot für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Damit meine Wagen immer mehr in zunehmender Anzahl bekannt und dadurch verbreitet werden, hierdurch ist diese Holz- und Eisenwagenfabrik die Mittel des Deutschen Holz-Verbandes bis auf weiteres zu folgendem billigen Vorzugspreise: (Preis Länge: ca. 70 75 80 85 90 100 120 cm)

| | | | | | | | | | |
|--------------|----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| Einradwagen: | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| Preis: | 55 | 108 | 150 | 160 | 175 | 195 | 210 | 225 | 240 |

Einradwagen: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Kurt Rose, Zeis, Brühl 25.
Für Interessenten aus der Umgegend Lagerbesuch jederzeit gestattet.

Schöne Intarier-Holzmalereien für Möbel, Ecksäulen, etc.

Holzbeizen in verschiedenen Farben

| | |
|--|-------------|
| Waldbeize in allen Farben | 5 M. pro kg |
| Schellackbeize, hellbraun | 45 " 0,17 |
| Schellackbeize, dunkelbraun | 35 " 0,17 |
| Laubbeize in allen Farben | 20 " 0,17 |
| Polier- und Schleifmittel | 10 " 0,17 |
| Laubbeize, hell | 20 " 0,17 |
| Sarglack, glänzend | 15 " 0,17 |
| Sarglack, matt | 10 " 0,17 |
| Parben-Lackentferner, dick | 15 " 0,17 |
| Parben-Lackentferner, dünn | 10 " 0,17 |
| Polier- und Schleifmittel | 10 " 0,17 |
| Probekasten von A, B, C, D, E, F, G, H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z | 5 " 0,17 |

Chem. Fabrik Rud. Oetike, Berlin SO 10, Liebenbergstraße 1. Telefon: 1171.

Gebrüder Qualitäts-Gestell-Sägen

mit 1a Qualität Silber-Neißblatt, echter Handhakenanfang, Verbindung zwischen Stange u. Arme durch ein Slegm-Flan. Leicht im Gewicht. Schliffsägen 70 cm, 26 Mk. Ablatzsägen, 55 cm, 1-line Zähne, 22 Mk. Schwelssägen 22 Mk. Aushängschweiflägen 23 Mk. Zinkenlägen 25 Mk., bei 3 Stück franco.

Sägemuffen, einzeln für alle Sägen, passend, Paar 2,50 Mk.

Werkzeugfabrik M. Hellingner, Nürnberg.

Werkzeug - Neuheiten

| | |
|--|---------|
| 1a Ziehlingenbohrer, 70 mm Eisenbohrer | 15 Mk. |
| 1a Abziehbohrer, garantiert gut ziehend | 8 Mk. |
| 1a Patent-Schraubenzieher, 10 Stk. in einem Kasten | 160 Mk. |
| 1a Schraubenzieher mit Aufsatz | 5 Mk. |

Verlangen Sie sofort Preisliste.
Otto Bergmann, Berlin SO, Oppelner Str. 31.

Hölzerne und eiserne Schabhobel, eiserne Hobelbankspindeln, eis. Furnierbockspindeln, Hobelbankhaken, Langlochbohrer u. Bandsägen sowie sämtl. Werkzeuge liefern sofort und preiswert.

W. Zemmrich & Sohn, Dresden-A. i. K., Josephinenstr. 22.

HOLZKITZ reine Schellackware in allen Farben, Stange 2,25 Mark.

G. HELWIG
Fabrik feiner Lacke, Polituren, Beizen und Mattparapete
Frankfurt am Main - West.

Deutsche Drehteller-Zeitung
Probenummern gratis 40 Pf. pro vom Verlag Leipzig-Gohlis, Strab. Str. 6

Großer Arbeitsmarkt/Bezug 6.- Mark pro Vierteljahr.

Schellack kauft zu höchsten Preisen Stephan, Berlin NO 43, Neue Königstr. 87.

Leim, Schellack kauft Klebschmalz, Berlin O 112, Seumestr. 16 (Wismarplatz).

Leim, Schellack kauft gegen Mustereinsendung Fritz Haak, Berlin N 58, Stubbenkammer Straße 4.

Schlagmetall kauft Kollege, Wilt Otto, Vergolder, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 115.

Stuhlflechtrohr!
Natur, beste Qualität, sofort lieferbar. Nr. 2 67 Mk., Nr. 3 64 Mk., Nr. 4 57 Mk., Nr. 5 50 Mk. per Pfund.

Walter, Dresden 22, Rehefelder Str. 53.
pro Kilo 14.- Mark, gibt at la Tafelleim, Stephan, Berlin, Neue Königstr. 87.

la Tafelleim, kg 14 Mark.
Lederleim 16 Mk., Lederleim 18 Mk. gibt at Kschinat, Berlin O 112, Seumestr. 18.

Sieben erschien im Neudruck die Vorlagemorre für

Einfache Möbel

Ein reichhaltige Sammlung praktischer Möbel zur Ausstattung von Wohnräumen des Mittelstandes. Umfassend: Arbeitstische, Stühle, Herren-Divans, Emalgam- und Metallmöbel sowie Küchen-Verzierung und Platten. Entworfen und für den unmittelbaren Gebrauch hergestellt von W. Döckerhoff.

16 Quartafeln nebst erläuterndem Text. Druck, unverändert. Preis der vollständigen Mappe 40 Mark. 10 Hefchen für 10 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Postkassenkonto Berlin 98337.

Tischlerfachschule Jlmnau i. Thür.
Ausbildung tüchtig und gründlich. Auskunst erteilt gern die Direktion.

Tischlerschule Blankenburg i. Harz.
Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner. Meisterprüfung. Programm frei. Dir. RÜNBKING.

Kunstgewerbliche Tischler-Fachschule Cöthen.
Erste deutsche Tischler- und Poliermeister-schule. Spezialkurs für Betriebsbeamteten. Programm kostenlos. Dir. Dr. Kuhn.

Sieben ist erschienen

Technik des Stellmachers

HEFT 3
A u s s e e n s a h l e
Das Verhältn. des Stellmachers - Das Hängen des Holzes - Der Abhorion - Arbeiten am Kupfer - Messingfabrikation - Die Schiebeteile - Modellieren - Quartarwerk - Der Preis des 16. Heftes - Der Preis des 17. Heftes beträgt 5.- Mark.

Verbandsmitglieder beziehen das Heft durch die Zahlungsverordnung zum Vorzugspreis von 4 M. Die Heft Nr. 1 und 2 der Technik des Stellmachers sind ebenfalls vergriffen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.